

# Bericht über das Berliner Colloquium 2006

## Teil II: Postmoderne Konfliktmuster und Nichtverbreitungsregime



Werner Baach

Die Zusammenfassung des ersten Teils des Colloquiums am 29. und 30. März 2006 ist unter dem Generalthema »Asien im Blickpunkt« in der Ausgabe Juli 2006 dieser Zeitschrift veröffentlicht worden. Im zweiten Teil befasste sich die Veranstaltung in Berlin mit internationalen sicherheitspolitischen und strategischen Entwicklungen. Im Mittelpunkt standen die Vorträge von Professor Dr. Harald Müller, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, über »Die Zukunft des Nichtverbreitungsregimes« und von Dr. Rudolf Adam, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, über »Postmoderne Konfliktmuster – welche Rolle kann/soll militärische Gewalt spielen?«. Ausführungen des Generalinspektors der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, über aktuelle Fragen deutscher Sicherheitspolitik und der Bundeswehr rundeten die Veranstaltung ab.

### Die Zukunft des Nichtverbreitungsregimes

Professor Dr. Harald Müller, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, gab einleitend eine kurze Einschätzung der Lage bei den drei Nichtverbreitungsregimen. Das Übereinkommen über die Nichtverbreitung von chemischen Waffen (CWÜ) von 1996 habe »Wirkung gezeigt«, auch wenn einige wichtige Län-

der abseits stünden. Das Abkommen sehe ein »unqualifiziertes, totales Verbot, einschließlich von Vorprodukten und Forschung« vor sowie ein gestaffeltes Sanktionsregime bei Verstößen. Allerdings hätten sich die USA »Sonderkonditionen« ausbedungen. Eine Schwäche der Anwendung des Vertrags liege (noch) darin, dass sich die Vernichtung vorhandener Bestände aus technischen Gründen verzögere. Bei den biologischen Waffen enthalte das bestehende Verbot biologischer Waffen (BWÜ) ein »Totalverbot« und gleichzeitig ein »Kooperationsgebot«. Das Hauptproblem aber sei, dass wegen des »Zwillingscharakters« der Technologie ein Verstoß gegen das Herstellungsverbot nur schwer feststellbar sei; es gebe noch kein verlässliches Verifikationssystem, und man sei deshalb auf die Einschätzungen von Geheimdiensten angewiesen, die sich zum Teil als falsch erwiesen hätten. Professor Dr. Müller nannte als mögliche Länder, bei denen ein Verdacht auf Verstoß gegen das CWÜ bestünde, Ägypten, Syrien, Taiwan und Nordkorea.

Den Schwerpunkt seiner Ausführungen legte der Vortragende auf den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und sein Verifikationsregime. Nach wie vor sei die Herstellung von Kernwaffen technisch schwierig und aus diesem Grund vermutlich für nichtstaatliche Gruppierungen zu aufwändig – zumindest ohne die Unterstützung durch Staaten. Deshalb richte sich das Augenmerk der Nichtverbreitung und der Kontrolle auf Staaten. Nach Einschätzung des Vortragenden wären theoretisch bis zu 85 (!) Staaten in der Lage, Kernwaffen zu produzieren. Der NVV von 1967 sei – obwohl er von Anfang an die Staatengruppe der »Nichtbesitzer« diskriminiert habe, die umfassend zur Enthaltung und zur Duldung von Überprüfungen verpflichtet würden –, »sensationell« erfolgreich gewesen. Die Normen des Vertrags seien bis heute »sehr wirksam«. 183 Staaten verzichteten derzeit auf das Streben nach Kernwaffen.

Der Vertrag sei allerdings auf dem Weg zu einer »ernsten negativen Entwicklung«. Die Idee des NVV basiere auf einem für alle Teilnehmer akzeptablen »Deal«, dem Verzicht der »Nichtbesitzer« auf Kernwaffen auf der einen und der Abrüstungsverpflichtung der »Besitzerstaaten« auf der anderen Seite. Seit einem Jahrzehnt aber sei eine Erosion des Vertrags zu beobachten, und besonders seit 2005 seien die »Besitzerstaaten«, voran die USA und Frankreich, dabei, »massiv und radikal«

von ihren vertraglichen Verpflichtungen abzurücken. So sehe beispielsweise die geltende Nationale Sicherheitsstrategie der USA den präventiven Einsatz von Nuklearwaffen und sogar deren Verwendung zur Behebung militärisch ungünstiger Lagen vor. Auch die NATO verzichte nicht auf die Option eines Ersteinsatzes, was in blockfreien Staaten auf Unverständnis stoße. Die Nuklearstaaten, so die Vorhaltung von Professor Dr. Müller, kämen »weder den Verpflichtungen des Vertrags noch der Vertragshaltung nach«. Die USA seien »aus der Führungsrolle im Nichtverbreitungsvertrag faktisch ausgeschieden«.

Hinsichtlich der möglichen Weiterverbreitung von Nuklearwaffen sieht der Vortragende derzeit drei große Gefährdungsregionen: erstens den Nahen und Mittleren Osten mit dem Iran als aktuellem Problem; zweitens Indien und Pakistan auf Grund des problematischen Verhältnisses zwischen diesen Staaten; drittens Nordkorea. Der Iran sehe aus seiner Perspektive »ein reales Sicherheitsproblem« in der Tatsache, dass er »rundum von US-Streitkräften umgeben« sei und weiter darin, dass in der Region Pakistan und Israel Atom-mächte seien. Andererseits habe die Atomenergiebehörde ernste Zweifel an dem vertragsgemäßen Verhalten des Iran, der seit 18 Jahren Verstöße gegen den NVV verheimlicht und 2006 seine Aktivitäten zur Anreicherung von Uran wieder aufgenommen habe. Die »letzte Chance«, das Streben des Iran nach Nuklearwaffen zu verhindern, sieht der Vortragende nur noch in »der Spaltung der politischen Elite« des Iran. In der zweiten großen Konfliktregion Indien und Pakistan sei »weltweit der Einsatz (von Atomwaffen) am wahrscheinlichsten«; es sei das Verdienst der Bush-Regierung, dass die Lage dort nicht eskaliere. Die innere Situation Pakistans sei beängstigend, das Land gespalten, die politische Elite korrupt, der soziale Sprengstoff groß, Atomschmuggel möglich. Pakistan sei von Staatsverfall und politischer Radikalisierung bedroht. Nach dem jüngsten Besuch des amerikanischen Präsidenten in Indien hätten die USA andererseits dem Land die »faktische Anerkennung« als neuem Kernwaffenstaat gegeben und dafür im Gegenzug die Zusage auf Kontrolle der nuklearen Aktivitäten erhalten. Nordkorea schließlich habe von Anfang an den NVV gebrochen, allerdings sei unklar, ob, und wenn ja, wie viele Atomwaffen das Land besitze – die Schätzungen lägen »zwischen null und zehn«. Für das »marode Regime« seien Atomwaffen die ein-



Professor Dr. Müller (rechts) und der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Dr. Adam.  
Fotos: Bundeswehr/Standortkommando Berlin

zige politische Trumpfkarte, auch wenn, so die Einschätzung des Vortragenden, das Land das Programm auf Dauer nicht durchhalten könne und wahrscheinlich wieder zurückfahren müsse.

Zusammenfassend gab Professor Dr. Müller eine eher pessimistische Prognose über die Zukunft der drei Nichtverbreitungsregime ab. Auf dem Gebiet der biologischen Waffen sei das Regime »unvollendet«, eine Baustelle. Das BWÜ befinde sich in einer tiefen Krise, die möglicherweise in seiner Zerstörung ende. Bei den Nuklearwaffen sei das Regime von dem Zerwürfnis in der Vertragsgemeinschaft geprägt. Insbesondere die Weigerung der »Besitzerstaaten«, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, führe zu »Nachahmereffekten« und reize das Streben anderer Staaten nach dem Besitz von Nuklearwaffen an, vor allem in Asien, aber auch in anderen Weltregionen. Er nannte in diesem Zusammenhang Japan, Südkorea und Taiwan sowie im Nahen Osten die Türkei. Weitere »Prestige-Länder« seien denkbar. In zwanzig Jahren seien bis zu 25 Kernwaffenstaaten weltweit möglich und es sei nicht auszuschließen, dass solche Waffen dann auch in die Hände von Terroristen gelangen könnten. Das NVV-Regime sei an seine Grenzen gestoßen und für seine Zukunft hänge Vieles davon ab, ob die USA als »Führungsmacht« Garantien geben und selbst kooperationsbereit sei. Dazu sei das Land aber, zumindest derzeit, nicht gewillt.

## Postmoderne Konfliktmuster

Dr. Rudolf Adam, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, beschäftigte sich bei seinem Thema mit der Frage: »Welche Rolle kann, welche Rolle soll militärische Gewalt spielen?«. Mit dem Jahr

1990 sei das Zeitalter der großen Volkskriege, der gewaltigen Luft- und Seeschlachten zu Ende gegangen. Seither habe die Wahrscheinlichkeit eines großen klassischen Krieges mit jedem Jahr rapide abgenommen, so Dr. Adam einleitend. Seit der Industrialisierung seien Kriege mehr und mehr zu einem »Wettkampf der Wirtschaftskraft und überlegener Organisation« geworden. Das nukleare Wettrüsten sei die letzte Etappe in diesem Prozess gewesen. Das sei nun vorbei, und nur, weil wir noch immer in den alten Kategorien der militärisch nutzbaren Wirtschaftsmacht dächten und plötzlich entdeckten, »dass unsere Gegner über gar keine Wirtschaftskraft verfügen, wohl aber über eine erhebliche kultur- und religionsbedingte Motivationskraft«, empfänden wir die neu entstandenen Konfliktmuster als asymmetrisch. In dem angebrochenen neuen Zeitalter pralle »Wille auf Wille«, und es gehe dabei »um Selbstbehauptung, um Identitäten, um geistige Dimensionen«.

Carl von Clausewitz' berühmte Definition des Krieges als »eines Aktes der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen« sei dadurch ergänzungs-, wenn nicht gar korrekturbedürftig geworden; in jedem Fall müsse er präzisiert werden, und weiter: »Wir können mit Gewalt den Gegner daran hindern, den eigenen Willen auszuführen, indem wir ihn z.B. entwaffnen, ihm lebenswichtige Materialien oder Technologien vorenthalten, ihm wichtige Durchgänge oder Kommunikationswege versperren. Im Amerikanischen würde man dies eine strategy of denial nennen. Wir können durch die Androhung von Gewalt und eine überzeugende Darlegung unseres Willens, diese Gewalt anzuwenden, wenn bestimmte rote Linien überschritten werden, den Gegner von bestimmten Handlungen abschrecken. Wir vertrauen auf sein rationales Kalkül, dass er eine sichere suboptimale Existenz einer

höchst unsicheren optimaleren vorzieht. Das bedeutet: Abschreckung muss dem Gegner auch genügend Freiräume lassen. Wer den Gegner an die Wand drücken will, riskiert, dass dieser einen irrationalen Ausbruchversuch wagt«. Abschreckung bedeute, den Gegner unter dauerndem Druck zu halten. Sie stelle an die eigene Willenskraft, an das Kommunikationssystem und das gegenseitige Verständnis hohe Anforderungen. Sie setze Gleichgewichtsmodelle voraus. Deshalb funktioniere sie nur in geschlossenen Dyaden, in Zweiersystemen. Polypole Systeme ließen sich im Gegensatz dazu nicht auf Abschreckung aufbauen. In beiden Fällen bleibe der Gegner ein Feind, erfüllt vom Willen, uns zu schaden oder uns zu vernichten. Die dritte (anzustrebende) Option bestehe darin, den Willen des Feindes nachhaltig so zu beeinflussen, dass er aufhöre, uns schaden zu wollen. Den Gegner zum Freund zu gewinnen – das sei letztlich das höchste strategische Ziel und eindeutig eines, das sich nicht mehr mit Androhung oder Ausübung von Gewalt erreichen lasse.

Für das 21. Jahrhundert seien große Kriege unwahrscheinlich geworden, denn es gebe keine gravierende Divergenz zwischen den hochgerüsteten Mächten der Welt mehr, die einen solchen Krieg rechtfertigen könnten. Das Konfliktlösungspotenzial militärischer Aktionen werde immer geringer. Kosten, ungewollte Nebenwirkungen, negative Langzeitwirkungen machten einen klaren militärischen Sieg mit anschließendem Friedenskongress immer unwahrscheinlicher, und weiter: »Wir lösen Konflikte nicht, wir frieren sie militärisch ein: Korea, Zypern, Nahost, Kaschmir, Kosovo sind Beispiele. Militärische Aktionen sind immer weniger auf klare politische Entscheidungen hin angelegt, sondern darauf, Vorbedingungen zu schaffen, unter denen politische Entscheidungen überhaupt erst möglich werden.«

Eine weitere Beobachtung postmoderner Konfliktmuster sei, dass man militärische Risiken zu meiden suche: »Wir riskieren untern fremdes Leben, noch weniger das unserer eigenen Truppen. [...] Die Menschenwürde und die Heiligkeit jedes individuellen Lebens macht uns widerwillig, Einzellleben für ein Kollektivinteresse zu opfern. Unser Glaube an Menschen- und Grundrechte, an den Vorrang von Freiheit und Selbstbestimmung macht uns immer widerstrebender, andere mit Gewalt unter unseren Willen zu beugen.« Es gebe immer weniger Werte, »die zu verteidigen wir nicht zurückschrecken würden, zu töten, geschweige denn, selbst den Tod zu riskieren«. Wir lebten in einer, wie Herfried Münkler sagen würde, »postheroischen« Gesellschaft.

Dr. Adam befasste sich dann ausführlich mit den Problemen der Anwendung militä-

rischer Gewalt in postmodernen Konflikten. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu kämpfen sei »der logische Fluchtpunkt, der jeder militärischen Operation auch im Vorfeld überhaupt erst politische Perspektive und logische Stringenz« verleihe. Und weiter, auf die Einsätze auch der Bundeswehr eingehend: »Wir müssen kämpfen können und kämpfen wollen, um nicht kämpfen zu müssen.« Darauf beruhe Abschreckung. Deshalb würden Soldaten nicht mehr im »Tarnfleck« in Einsätze entsandt, um sie »unsichtbar zu machen«, sondern »in möglichst auffällender Kleidung, damit ihre Präsenz bemerkt wird und dadurch allein schon beruhigend, stabilisierend und abschreckend wirkt«. Nur fehle in dieser prägnanten Aussage ein ganz entscheidender Faktor: Der Gegner müsse davon überzeugt sein! Dort, wo Zweifel an unserer Fähigkeit und unserem Willen auftauchten, breche die Abschreckung zusammen. Wir erlebten das gerade hautnah im Iran und in Nordkorea. Natürlich hätten die USA die Fähigkeit, den Iran und Nordkorea in eine verstrahlte Nuklearwüste zu verwandeln. Ob sie damit aber ihr strategisches Ziel erreichen könnten, bleibe selbst dann noch fraglich. Und deshalb brächten sie nicht den Willen zu solch drastischer Aktion auf. Insofern bleibe eine glaubhafte und realistische defence posture das A und O jeglicher Sicherheitspolitik.

Ganz besonders beunruhigend zeige sich das Dilemma der Abschreckung im Bereich der Nuklearwaffen. Das Hauptproblem sei dabei nicht nur die Proliferation, sondern die Tatsache, dass es immer noch riesige Nukleararsenale gebe, an deren Perfektionierung gearbeitet werde, ohne dass irgend ein vernünftiger Mensch anzugeben wüsste, für welche Eventualitäten diese Waffen vorgehalten werden. Und es sei aus diesem Grund auch einleuchtend, dass sich die Problematik von Nuklearwaffen nicht nur über die Frage der »Proliferation« werde lösen lassen. Auch hier gelte das alte Sprichwort: Abstinenz predigt sich nicht gut von einem Barhocker herab. Es falle schwer, »einen tragfähigen Grund zu finden, weshalb nukleare Optionen, die von einigen Staaten für absolut lebensnotwendig und unverzichtbar gehalten werden, anderen Staaten auf Dauer verwehrt bleiben sollen, zumal wenn etablierte Nuklearmächte nicht nur wirksamen Barrieren gegen die Proliferation wie dem umfassenden Teststopp fernbleiben, wenn sie mit dem Gedanken spielen, neue nukleare Gefechtsfeldwaffen zu entwickeln oder wenn sie planen, existierende strategische Waffen in einem neuen Einsatzverbund für taktische Ziele einsetzen«. Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) sei ein provisorischer Notbehelf gewesen, um Zeit zu gewinnen. Solange man nichts Besseres habe, werde man an ihm festhalten müssen. Er werde jedoch nicht ein dauerhaftes Ordnungsprinzip des Völkerrechts werden können.

Globalisierung und Interdependenz hätten dazu geführt, dass sich die Geschicke der meisten Staaten und ihrer Gesellschaften immer unauflöslicher verflochten hätten. Dennoch sei das Auf und Ab der Großmächte, das Paul Kennedy so eindrucksvoll beschrieben habe, nicht vorbei. Es werde eben auch Abstiegsbewegungen geben: »Wer in seiner Wettbewerbsfähigkeit nicht mithalten kann, wer sich vom Zugang zu lebensnotwendigen Rohstoffen oder Handelsrouten verdrängen lässt, wer es versäumt, sich strategische Wachstumsmärkte und dominante Technologien zu erschließen, wird zurückfallen. Sicherheitspolitik darf sich nicht darauf beschränken, offene Attacken abzuwehren; sie muss nach meinem Verständnis auch dafür sorgen, dass langfristig die Grundlagen von Stabilität, Wohlstand und freier Entfaltung nicht langsam und zunächst fast unbemerkt erodieren«. Dr. Adam sieht aus diesen Gründen in der langfristigen Sicherung von Wohlstand, Einfluss und Gestaltungsfähigkeit eine legitime und zentrale Aufgabe von Sicherheitspolitik.

Nach Ausführungen über die Konflikte der Zukunft, die eher asymmetrisch sein würden, und die Gefährlichkeit des islamistisch-fundamentalistischen Terrors, die weniger aus seiner globalen Präsenz als aus der kompromisslosen, inhumanen Ideologie



### Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technik

Die Europäische Sicherheit stellt sich aktuellen Ereignissen und Entwicklungen. Hier wird von kompetenten Fachleuten recherchiert, berichtet, analysiert, kommentiert und ebenso kritisiert. Aufgabe dieser Zeitschrift ist es, unsere Sicherheitspolitik, die nicht allein als Verteidigung mit Streitkräften zu verstehen ist, in sämtlichen komplexen und komplizierten Zusammenhängen zu beschreiben, zu erläutern und zu deuten. Die Europäische Sicherheit spürt Motivationen auf und zeigt Konsequenzen zum aktuellen Zeitgeschehen in angemessener Distanz.

Die Europäische Sicherheit als sachlich fundierte Zeitschrift entspricht den neuen Dimensionen für Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft, der Verteidigung und der Technik – und beurteilt nach rationalen Aspekten.

Die Leser erhalten jeden Monat analytisch und umfassend

- die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik überschaubar präsentiert;
- die Einschätzungen der Sicherheitspolitik und der internationalen Situation aus Sicht der europäischen sowie außereuropäischen Entscheidungen dargestellt;
- die Wechselbeziehungen von Politik, Verteidigung, Wirtschaft und Technologie im Gesamtrahmen unserer Sicherheitspolitik verständlich erläutert.

### Gute Gründe, diese Zeitschrift ständig zu lesen!

Ich bestelle ein Europäische Sicherheit-Probeabonnement. Bitte senden Sie mir drei Ausgaben zum Sonderpreis von € 7,90. Sollte ich nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe widerrufen, bin ich mit einer weiteren Belieferung im Abonnement einverstanden.

Ich abonniere ab sofort für mindestens ein Jahr die Europäische Sicherheit zum Jahresabonnementspreis von € 63,50 inkl. Versandkosten.

Ich zahle wie angekreuzt:

Bequem und bargeldlos durch Bankeinzug

Nach Erhalt der Jahresrechnung

Ich bin der neue Abonnent

BLZ: \_\_\_\_\_ Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Kto-Nr.: \_\_\_\_\_ Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_ Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung bitte an: Verlagsgruppe Koehler/Mittler, Hochkreuzallee 1, 53175 Bonn

**Koehler/Mittler**  
www.koehler-mittler.de

stamme, die dahinter stehe, ging der Vortragende ausführlich auf die künftigen sicherheitspolitischen Hauptrisiken ein, die weniger von den hochgerüsteten, wohl organisierten Staaten ausgingen, sondern »von Räumen, in denen Staatlichkeit erodiere, in denen weder Rechtsordnung noch klare Verantwortlichkeiten kalkulierbar schaffen«. Dr. Adam weiter: »Wenn wir nicht wollen, dass die Krisen zu uns kommen, müssen wir zu den Krisen gehen und sie an Ort und Stelle entschärfen. Militär kann in solchen norm- und ordnungsfreien Räumen zunächst nur eine rudimentäre, provisorische Ordnung herstellen. Es kann Zeit gewinnen, innerhalb derer neue Staatlichkeit geschaffen werden muss. Die-

zung enthoben: Wir mussten nur reagieren können. Unser Ziel war ebenso klar: Wiederherstellung des status quo ante. Da unser Überleben auf dem Spiel stand, war der Einsatz auch der äußersten Mittel gerechtfertigt; ich erwähnte schon die nuklearen Planspiele. Im Falle eines Angriffs auf unser Territorium wären Bundeswehr und Bevölkerung in gleicher Weise betroffen gewesen: Die Bundeswehr diene der Territorialverteidigung, sie war eine Armee, die nur in der Defensive aktiv werden sollte, sie sollte in und mit der Bevölkerung und für sie unser Land verteidigen. Heute sei alles anders: »Die NATO operiert im Wesentlichen außerhalb des Bündnisgebiets. Wir wissen bestenfalls, wer uns heute be-

– auch wenn ich davon überzeugt bleibe, dass dort tatsächlich unsere Sicherheit verteidigt wird – wenn auch vielleicht eher die innere als die äußere.«

Die Herausforderung an die Politik sei viel größer geworden: »Wir müssen proaktiv und präventiv an die Risiken herangehen, wir müssen eine bewusste Wahl treffen, weil wir angesichts begrenzter Mittel und Fähigkeiten nicht die ganze Welt retten können. Ich bleibe zutiefst überzeugt davon, dass Deutschland, wenn es sich langfristig im globalen Krisenmanagement beteiligen will, nicht um den Versuch einer klareren Definition der Werte und Ziele – ich vermeide jetzt bewusst das Wort »Interessen« – herumkommen wird. Wir brauchen ein höheres Maß an gesellschaftlichem Konsens darüber, an welchen Zielen sich unsere Außen- und Sicherheitspolitik langfristig ausrichten soll, an welchen Kriterien wir uns orientieren wollen, wenn es um Krisenbewältigung mit der Perspektive von Gewaltanwendung geht. Wir können nicht eine neue Strategie in der NATO fordern, an vorderster Front an einer Europäischen Sicherheitsstrategie mitwirken und auf die Antwort, was denn unsere eigenen nationalen Sicherheitsinteressen sind, nur mit einem Schulterzucken antworten.«

### Zu aktuellen Fragen deutscher Sicherheitspolitik und der Bundeswehr

General Wolfgang Schneiderhan, Generalinspekteur der Bundeswehr, verdeutlichte in seinem Vortrag plastisch wie nah scheinbar ferne Länder Deutschland sind: Die Bundeswehr in der Nordregion Afghanistans, in der Region Feysabad, teile eine 50 Kilometer lange Grenze mit der Volksrepublik China. Dies sei nur ein Beispiel für ihr inzwischen globales Engagement. Der Dienstbetrieb der Bundeswehr soll sich nach Schneiderhans Willen in Zukunft noch stärker an den Bedürfnissen der Auslandseinsätze ausrichten: »Der Einsatz muss den Alltag in der Bundeswehr bestimmen«. Aus der neuen Aufgabenstellung leite sich auch die Notwendigkeit ab, »diese Streitkräfte anzupacken und auszurichten, auf die Aufgaben, die vor uns stehen, nicht auf die, die hinter uns liegen«. Diese Umstellung sei »radikal«. Aber moderne Gefechtshandlungen ließen die klassische Unterscheidung des Kriegsschauplatzes in »Front und Etappe« nicht mehr zu. Die Frage, ob eine Gefahr weit entfernt sei, sei akademisch geworden, »weil Globalisierung und Internet und all diese Dinge dazu beitragen, dass Gefahren sich unmittelbar über sechs- bis siebentausend Kilometer bei uns auswirken können«. Es gebe kein »weit hinten« mehr: »Destabilisieren-



Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan (li.) und der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Dr. Klaus Reinhardt in der Diskussion mit dem Plenum.

se Zeit aber muss dann auch von nicht-militärischen Initiativen genutzt werden!« Die Stabilisierung fragiler Staaten werde eine der anspruchsvollsten Aufgaben der Zukunft sein. Dabei solle man an Stelle zu hoher, an westlichen Normen orientierter Vorstellungen ein »Minimalprogramm« der unverzichtbaren »Essentials« erstellen, das die wesentlichen Punkte unseres unmittelbaren Stabilisierungsinteresses zusammenfasse und möglichst schnell einen Weg eröffne, die Verantwortung für Sicherheit und weitere Entwicklung in die Hände von Vertretern des Ziellandes zurückzulegen. Man dürfe dabei auch nicht zulassen, »dass die Stationierung von Truppen zum Surrogat für Politik wird und dass Truppen, die in der Absicht zu helfen gekommen sind, im Laufe der Zeit als Besatzer und Eindringlinge wahrgenommen werden«.

Zusammenfassend stellte Dr. Adam fest, dass Viele sich angesichts der Komplexität postmoderner Konfliktmuster »nach der Klarheit des Kalten Krieges« zurücksehnten: »Wir waren jeder eigenen Entschlei-

droht. Aber wir sind unsicher, wer es morgen sein wird; wer oder was uns übermorgen bedrohen könnte, lässt sich überhaupt nicht zuverlässig vorhersagen. Ob, wann und wo und mit welchen Mitteln wir uns engagieren wollen, ist eine Frage, die wir selbst proaktiv beantworten müssen. Wir müssen die roten Linien in jedem Fall selbst neu ziehen. Wir sind zur eigenen Entscheidung verdammt; niemand kann sie uns abnehmen. Wir können uns nicht mit dem status quo ante begnügen, wir wollen ja gerade den Lauf der Geschichte verändern. Wir müssen selbst die Erfolgskriterien unserer Aktionen bestimmen. Nochmals: Wir sollten sie nicht zu hoch ansetzen! Wir sind dazu verdammt, eigene Zielvorstellungen zu formulieren und sie konkret in die Tat umzusetzen [...] Unsere Soldaten operieren weit von ihrer Heimat entfernt; Verständnis für das, was sie dort tun und weshalb sie es tun, ist schwer zu generieren. Insgesamt fühlt sich unsere Bevölkerung von dem, was am Hindukusch (oder im Kosovo) geschieht, wenig berührt,



Deutsche Soldaten beim ISAF-Einsatz in Kabul.

de Krisen- und Gefahrenherde in Asien, in der ganzen Welt, hätten Auswirkungen auf Europa, unmittelbar, und sie haben natürlich auch Auswirkungen auf Deutschland«.

Alles, was nicht dem Einsatz diene, sei in der Bundeswehr nachrangig, so der Generalinspekteur weiter. Diese Botschaft sei »noch nicht überall angekommen«, denn der Prozess sei schwierig und das Umdenken »radikal und fundamental«. Im Einsatz sei die Bundeswehr gut und unkonventionell – »im Einsatz machen wir all das, was an der Führungsakademie gelehrt wird: Wir treffen mutige Entscheidungen, wir nehmen Lücken in Kauf, wir setzen Schwerpunkte und wir bilden Reserven – und im Alltag verwalten wir das Ganze, bis es kaputt ist«, merkte General Schneiderhan mit einer gewissen Bitternis an, und weiter: »Wenn wir das im Alltag auch machen wür-

den und sagten, wir nehmen eine Lücke in Kauf, brauchen wir jetzt nicht, kommt später, dann wären wir ein Stück weiter in der gesamten philosophischen Entwicklung dieser Streitkräfte. Und wenn ich Streitkräfte sage, meine ich damit die gesamte Bundeswehr. Sie ist noch verbesserungsbedürftig, würde ich mal ganz vorsichtig sagen«.

Ein Bereich, an dem dabei »noch sehr viel gearbeitet« werden müsse, sei es, die Ausbildung auf die neuen Anforderungen auszurichten. Diese gingen durch das neue Aufgabenprofil nach oben und gleichzeitig verlagere sich die Entscheidungsebene in den Einsätzen immer weiter nach unten. Die so genannte »Kosovo-Krise« der Bundeswehr im Frühjahr 2005 sei für ihn deshalb »so schlimm« gewesen, weil tüchtige Hauptfeldwebel vor Ort auf sich

alleine gestellt [...] entschieden hätten, aus denen dann (völlig zu Unrecht) öffentlich die »Hasen vom Amselfeld« gemacht worden seien. Die würden dadurch nicht erzogen, selbstständig zu handeln, »die werden nicht motiviert, stolz Entscheidungen zu treffen, weil sie ja für dieses Land im Einsatz sind. Mit solchen Verfahren schöpfen wir diese Kraft nicht aus, sondern wir kreieren den anderen, den Zögernden, der keinen Fehler machen will im Einsatz«.

Der Haushalt 2006 stelle der Bundeswehr insgesamt 23,94 Mrd. Euro zur Verfügung, eine Verbesserung gegenüber dem Haushalt von 2005 um 150 Mio. Euro, und das sei »keine schlechte Ausgangslage«. Aber als Generalinspekteur habe er ein grundlegendes, weiter reichendes Problem mit den Betriebskosten und wörtlich weiter: »Mir fressen die Betriebskosten im investiven Bereich zuviel weg, und ich sehe einen Substanzverlust voraus für die Jahre 2007 bis 2009 und 2011, der schon substantiell werden wird, wenn er nicht behoben wird.« Er lasse deshalb im Führungsstab der Streitkräfte die Betriebskosten nach Einsparmöglichkeiten untersuchen und auch, wo beim Grundbetrieb noch gespart werden könne; alle Kooperationsmöglichkeiten würden dazu ausgeschöpft. Insgesamt aber gelte für die Bundeswehr der Zukunft: »Wir müssen uns immer mehr auf unsere Grundaufgaben konzentrieren.«

General Schneiderhan befasste sich in seinem Vortrag weiter ausführlich mit den Grundüberlegungen und den Planungen zum Einsatz der Bundeswehr im Kongo sowie mit der Neuordnung der Territorialstruktur und der Reservistenkonzeption. Da diese Thematiken dem Leser aus den jüngsten öffentlichen Erörterungen und Veröffentlichungen bekannt sind, bitte ich um Verständnis dafür, dass auf eine zusammenfassende Wiedergabe dieses Teils der Ausführungen von General Schneiderhan an dieser Stelle verzichtet wird.

General a.D. Dr. Reinhardt schloss das Berliner Colloquium 2006 mit dem Dank an alle Vortragenden, Teilnehmer und Organisatoren ab. Er lud zur Teilnahme an der 40. Sicherheitspolitischen Informationsstagung am 11. und 12. August 2006 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ein, bei der unter anderem über die Themen »Afrika – der Kontinent der Krisen und Konflikte«, »Die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben« und »Zur Tradition der Bundeswehr« vorgetragen werden wird. ■

*Oberst a.D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Er ist im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft für die Presse- und Informationsarbeit verantwortlich.*